

Datum: 22.10.2024

Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Offener Brief an die Fraktionen im Landtag des Landes Sachsen-Anhalt Hilferuf gegen die geplante Kürzung von Städtebaufördermitteln

Sehr geehrte Abgeordnete,

mit großer Besorgnis haben insbesondere die Städte im Land Sachsen-Anhalt von der im Kabinett beschlossenen, folgeschweren Kürzung der Städtebaufördermittel aus der Presse erfahren. Wir wenden uns daher in alter Dringlichkeit an Sie, um Sie auf die drastischen Auswirkungen dieser Entscheidung aufmerksam zu machen. Die Städtebauförderung ist ein elementarer Baustein für die Weiterentwicklung unseres Landes sowie dessen Kommunen. Sie trägt maßgeblich zur Sicherung von wirtschaftlicher Entwicklung und Lebensqualität in unserem Land bei. Es ist schlichtweg unverantwortlich, dass sich das Land ausgerechnet jetzt, in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit und dringend geforderter und erforderlicher Klimamaßnahmen aus der Verantwortung nimmt. Es ist ein regelrechtes Desaster für unsere Kommunen im Land Sachsen-Anhalt.

Im Haushaltsjahr 2023 wurden in unserem Land Bundes- und Landesmittel von rund 91,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Eine Halbierung der Landesmittel bedeutet auch eine Halbierung der Bundesmittel. Infolge einer Kürzung kommt es nicht nur zur Reduzierung von Investitionen. Der Fortbestand vieler städtebaulich wichtiger Projekte ist gefährdet. Die Städtebauförderung hat, so lange wie sie existiert, auch als Konjunkturprogramm gewirkt. Die Auswirkungen der Kürzung des Landesanteils auf das Baugewerbe, das Handwerk und damit verbundener Dienstleistungen werden angesichts der Rezession, in der sich Deutschland befindet, erheblich sein.

Der oft besorgniserregende Zustand von Straßen, Wegen und Plätzen sowie Brücken in unserem Land ist bekannt. Dank der Städtebauförderung, konnten zumindest einige Missstände behoben werden. Ein Landesprogramm für kommunale Infrastruktur, wie in anderen Ländern, existiert in Sachsen-Anhalt nicht. Die Möglichkeit über Straßenausbaubeiträge eine Refinanzierung zu erhalten, wurde abgeschafft. Jetzt sollen die investiven Spielräume der

Kommunen in Sachsen-Anhalt noch weiter verengt werden. Die Kürzung durch das Land ab dem Jahr 2026 führt durch die sich parallel reduzierenden Bundesanteile zu einer dramatischen Verringerung des Investitionsvolumens in den Städtebau und die öffentliche Infrastruktur unserer Städte.

Wenn es eine besondere Zeit für städtebauliche Impulse gibt, dann ist diese jedenfalls jetzt gegeben. In einer solchen Situation die Städtebauförderung zu reduzieren, wird als zusätzlicher Brandbeschleuniger hin zu politischen Instabilitäten wirken.

Wir appellieren eindringlich an den Landtag, die Kürzung des Programmes, das nachweislich mit einem Euro öffentlicher Mittel 7€ private Investitionen generiert, nicht zu akzeptieren.



Bernward Küper
Landesgeschäftsführer



Andreas Dittmann
Präsident